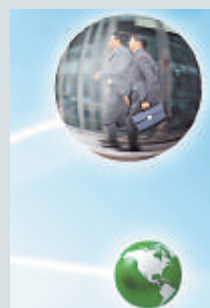


# Quickonomy

## Nachrichten



**Neue Euro-Serie in Entwicklung ... 5**  
Viele Forscher sind aktiv, um die Sicherheit der Euro-Banknoten jetzt und in Zukunft zu garantieren.



**Stromsparen kostet Geld ..... 8**  
Die Informationstechnik-Messe Cebit hat die grüne Welle der Anbieter geritten. Eine giftige Branche im Umbruch.

**Banknoten im Schleudergang ..... 17**  
Die Geldwäsche ist fixer Bestandteil der globalisierten Finanzwirtschaft.

**Oldtimer als Wertanlage ..... 21**  
Einst „verschenkt“, sind manche alte Autos heute kaum in Gold aufzuwiegen.

**Kostbare soziale Netzwerke ..... 24**  
Manche Unternehmen verbieten privates Surfen im Internet. Andere nutzen den Vernetzungsdrang ihrer Mitarbeiter.

## Kommentare

**Schuldenfalle Plastikkarte ..... 18**  
Kein Geld zu haben, kommt einen in den USA doppelt teuer zu stehen.

**Risikoscheues Fördistan ..... 18**  
Österreich fördert seine Skifahrer mehr als alles andere. Risikokapital gibt es bestenfalls in homöopathischen Dosen.

**Recht auf Steuerflucht ..... 18**  
Das hiesige Steuersystem verleitet viele zusehends dazu, den Fiskus zu hintergehen.



**Bankraub einmal umgekehrt ..... 26**  
Geldanlage wird immer öfter zum Glücksspiel.

**Phänomen Währungsumstellung ..... 26**  
Geld ausgeben statt sparen – ein Lösungsansatz gegen die Inflation.

## Standards

Special Innovation .....	ab 9
Zahlenspiel .....	16
Karikatur der Woche.....	18
Dossier .....	ab 19
Test .....	25
Beratereck .....	26

### IMPRESSUM

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Gonzagagasse 12/12  
Geschäftsführender Herausgeber und Chefredakteur: Christian Czaak  
Redaktion: Beatrix Beneder, Margarete Endl, Astrid Kasperek, Klaus Lackner (kl, Chef vom Dienst), Arno Maierbrugger, Alexandra Riegler, Christine Wahlmüller  
Autoren: Barbara Forster (baf), Lydia J. Goutas, Mario Koepl, Michael Liebming, Thomas Loser, Irina Slosar, Hannes Stieger  
Illustrationen: Carla Müller, Kilian Kada; Titelbild: Michaela Pass  
Special Innovation: Ernst Brandstetter, Sonja Gerstl, Gerhard Scholz  
Produktion und Artredaktion: Tristan Rohrhofer  
Lektorat: Elisabeth Schöberl  
Anzeigen: Reinhard Babinsky  
Druck: Luigard, 1100 Wien Druckauflage: 30.000 Stück  
Internet: www.economy.at E-Mail: office@economy.at  
Tel.: +43/1/253 11 00-0 Fax: +43/1/253 11 00-30

Alle Rechte, auch nach § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz:  
Economy Verlagsgesellschaft m.b.H.  
Abonnement: 30 Euro, Studentenabo: 20 Euro  
Probeabo: 10 Euro; abo@economy.at



## Zinssenkung: Das vermeintliche Allheilmittel

# Rufe gegen starken Euro

Die Zentralbanken und ihre Chefs sind zu Halbgöttern mutiert. Ein einziges falsches Wort kann fatal sein. Die Europäische Zentralbank gerät indes weiter unter Druck, die Stärke des Euro zu mildern.

Klaus Lackner/APA

Wegen der anhaltenden Rekordjagd des Euro werden die Rufe nach einem Eingreifen der Europäischen Zentralbank (EZB) lauter. Ernest-Antoine Seillière, der Chef des europäischen Arbeitgeberverbandes Business Europe, fordert Gegenmaßnahmen. „Wir denken, dass der Euro und der Dollar zwei potenzielle Belastungen für die Zukunft sind, und ich hoffe, dass etwas getan werden wird“, sagte Seillière in Brüssel vor Beratungen, unter anderem mit EZB-Präsident Jean-Claude Trichet. Er forderte internationale politische Gespräche über die Lage auf den Devisenmärkten.

Die Gemeinschaftswährung war zuvor erstmals über die Marke von 1,56 US-Dollar geklettert. Mittlerweile befindet sich der US-Dollar auch zu anderen Währungen im freien Fall. Er fiel erstmals unter die Schwelle von 100 japanischen Yen. Zu Schweizer Franken und zum britischen Pfund wertete die US-Währung ebenfalls immer schneller ab. Wegen der Aufwertung des Euro bekommen europäische Exporteure zusehends Probleme, weil ihre Waren im Dollarraum teurer werden.

Trichet warnte unterdessen erneut vor allzu heftigen Bewegungen auf den Währungsmärkten. „Angesichts der gegenwärtigen Bedingungen bin ich über übermäßige Wechselkurschwankungen besorgt“, erklärte Trichet gegenüber dem französischen Magazin *Le Point*. Er hatte sich zuvor bereits mehrfach ähnlich geäußert, ohne den Rekordlauf des Euro nennenswert unterbrechen zu können.



EZB-Präsident Jean-Claude Trichet überlegt noch, während Gewerkschaften und Industrie Maßnahmen fordern. Foto: apa/Gindl

Der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, schloss sich der Wortwahl an. Er betonte jedoch zugleich, der starke Euro werde aus seiner Sicht die Wirtschaftskraft der Eurozone nicht beeinträchtigen.

### Zinssenkung oder Abwertung

Aus dem Gewerkschaftslager kam die Forderung nach einer Zinssenkung. „Wenn die EZB ihren Leitzins von vier auf 3,5 Prozent senkt, wäre das ein klares Signal dafür, dass sie etwas für die Stabilisierung der europäischen Wirtschaft tut“, sagte Gustav Horn, der Chef des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), zu Reuters. „Das käme jetzt überraschend und hätte eine segensreiche Wirkung auf die Devisenmärkte.“

Die EZB hat den Leitzins seit Monaten nicht angetastet, während die US-Notenbank ihr Zinsniveau massiv auf derzeit drei

Prozent drückte. Beobachter halten eine weitere Lockerung der geldpolitischen Zügel auf bis zu 1,75 Prozent angesichts schwacher US-Konjunkturdaten für wahrscheinlich. Der Zinsvorsprung gilt als wichtiger Grund für den Höhenflug des Euro, weil er Euro-Anlagen für Investoren attraktiver macht.

Eine Intervention der Notenbanken im Devisenmarkt, wie sie etwa der deutsche Ökonom Peter Bofinger fordert, lehnt Horn ab. Daran würden sich seiner Ansicht nach die Amerikaner nicht beteiligen, weil der schwache Dollar der US-Exportwirtschaft hilft.

Eine gemeinsame Intervention der Zentralbanken hat es zuletzt im Jahr 2000 gegeben. Damals intervenierten EZB, die amerikanische Fed und andere Notenbanken gemeinsam, um die kräftige Abwertung des Euro aufzuhalten. Eine Intervention zur Abwertung des Euro hat die EZB noch nie vorgenommen.

## Geld ausgeben, das man nicht hat

Der internationale Finanzexperte und ehemalige UBS-Manager Rodolfo Boggi meinte kürzlich in einem Interview mit der Schweizer „Weltwoche“, dass die großen europäischen Staaten viel mehr Geld ausgeben, als sie an Steuern einnehmen, weil sie ihren Bürgern viel zu viel an nicht finanzierbaren Sozialleistungen versprochen haben. Und darum schröpfen sie nun diese Bürger hemmungslos. Dem ist auch aus österreichischer Sicht nichts hinzuzufügen. Nehmen wir als Beispiel die Gehaltsabrechnung des in der aktuellen Steuerreform diskutierten Mittelstandes mit einem Bruttogehalt von 2500 Euro: Sie ergibt für den Dienstnehmer nach Abzug von 460

Euro Sozialversicherung und 440 Euro Lohnsteuer einen Betrag von 1600 Euro netto auf die Hand. Das zahlt der Dienstgeber und dazu nochmals 570 Euro Sozialversicherung, 110 Euro Lohnsteuer und 80 Euro Kommunalsteuer. Zusammengerechnet steht einem Nettolohn von 1600 Euro eine Abgabensumme

von 1660 Euro gegenüber. – Neben Geld ist auch die Börse Thema der vorliegenden Ausgabe. In Österreich wäre ein Schulterschluss zwischen börsennotierten Unternehmen, Banken, Versicherungen und Politik wünschenswert. Es muss gelingen, die irrationalen, quartalsgetriebenen Einflüsse der nur dem kurzfristigen Shareholder-Value-lulu verpflichteten globalen Fonds verstärkt durch österreichische Anleger zu ersetzen und heimische Aktien als Investment schmackhaft zu machen. Bestens dastehende österreichische Unternehmen würden dann nicht mehr unter Fehlern leiden, die weit weg und ohne ihren Einfluss gemacht wurden.

Christian Czaak

